

Bildungs-Sanierungsfall Deutschland

Autor: Nicolas Frank Böhmer

Dieser Artikel wurde für cnt-alliance.org geschrieben und dort am 20. August 2019 veröffentlicht.

Lesedauer ca. 14 Minuten, Version 20.08.19

In der Bildung und damit in der Wirtschaft scheint Deutschland den Anschluss zu verlieren.

Fachkräftemangel – ein Wort, das während der vergangenen Monate wegen anderer Themen etwas aus dem Fokus geraten war, aber nichts von seiner Dringlichkeit eingebüßt hat. Im Gegenteil, denn Deutschland steht vor großen Veränderungen in ganz unterschiedlichen Bereichen, die zudem komplexer sind, als es die einzelnen Exponenten erkennen können. Tatsächlich sind Fachkräfte mehr gesucht denn je. Die CNT-Allianz hat sich mit verschiedenen Unternehmer*innen und Führungspersonen unter anderem zu den Themen Fachkräftemangel, Bildung, Bildungsstand und Bildungssystem unterhalten. Dabei hat sich herauskristallisiert, dass der Begriff „Fachkraft“ auf Arbeitgeberseite oft anders verstanden wird, als von den Arbeitnehmern. Und auch anders, als es die Politik versucht zu vermitteln.

Bestausgebildete, gesuchte Top-Spezialist*innen werden umgarnt, gut bezahlt, weitergebildet, behütet und aus fernen Ländern herbeigeschafft. Doch schon normal ausgebildete Fachkräfte sehen sich einem Phänomen gegenüber: Die Unternehmen stellen sich Personen vor, die über eine solide Ausbildung verfügen und ohne umfangreiches Einarbeiten und Schulung gleich volle Leistung in einem eng definierten Rahmen erbringen können. Dabei steht eine gute, breite und tiefe Qualifizierung nicht im Fokus, da lieber auf nur partikular ausgebildete und daher billigere Person zurück gegriffen wird – weil das Stellenprofil auch keine Flexibilität vorsieht: noch immer werden hierarchiegläubige Pflichterfüller bevorzugt, die eine bestimmte Aufgabe nach klaren Vorgaben erfüllen sollen. Ganzheitlich und vernetzt denkende, wirkende und vielschichtig erfahrene Leute werden schon durch die On-Line-Bewerbungsportale vieler Unternehmen herausgefiltert.

Doch diese multidisziplinär fähigen Leute würden im Zuge des schnellen Wandels und der Digitalisierung in nahezu allen Bereichen und Unternehmen schon jetzt benötigt. Immer mehr erkennen Unternehmen, dass einerseits die Digitalisierung nicht mehr wegdiskutiert werden kann und andererseits die Pflichterfüller im Unternehmen oft die falschen, viel zu eng definierten Eigenschaften für diese Herausforderungen mitbringen. Zudem gibt es unter diesen Pflichterfüllern eine merkbare Anzahl Personen, die mit der Digitalisierung nichts anfangen können, sie gar als Gefahr für ihre Arbeitsstelle und ganz besonders für die angesammelten Pfründe sehen. Ganz abgesehen von der unerwünschten Mehrarbeit, die sich mit einer Digitalisierung abzeichnet. Diese Pflichterfüller werden dann zu Problemfällen, wenn sie in aller Stille und versteckt gegen alle Neuerungen an gehen, diese mitunter gar sabotieren. Diese problematischen Pflichterfüller sind von den einfachsten Jobs über alle Arbeits- und Führungsebenen bis in das C-Level Management zu finden.

Bei den Arbeitssuchenden ergibt sich ein zweiseitiges Bild. Einerseits will eine steigende Zahl der Arbeitnehmer*innen – und gemäß unseren Erhebungen der größere Teil der jungen, initiativen Leute – eine erfüllende, spannende Aufgabe, in der sie Wertschätzung erfahren und in einem stimmigen Team den Erfolg des Unternehmens oder Organisation mitgestalten. Andererseits wollen immer noch viele Arbeitnehmer einfache, klare Vorgaben, Befehle und haben keinerlei Ambitionen sich vertieft einzubringen – oft auch, weil die Entlohnung so knapp ausfällt, was die Ambitionen dämpft. Es wird immer anspruchsvoller für beide

Seiten, die (unausgesprochenen) Erwartungen zu erfüllen. Das macht es doppelt schwierig, ein Unternehmen auf die Zukunft auszurichten. Und für Arbeitnehmer ist ebenfalls schwierig, eine passende Stelle zu finden.

Schon ganz am Anfang klemmt es

Die CNT-Allianz hat sich in Baden-Württemberg in Bildungsinstituten und begleitenden Organisationen umgesehen und auf verschiedenen Stufen Gespräche und Analysen durchgeführt. Die ersten Bildungsverhinderungen sind in den Kindertagesstätten zu finden. Carsten Linnemann, Mitglied des Bundestages, hat anfangs August 2019 ein wesentliches Thema angestoßen: Er sprach sich für eine Vorschulpflicht für Kinder aus, die über mangelnde Deutschkenntnisse verfügen. Er wurde dafür gescholten und gerade die linken Parteien warfen ihm Rechtspopulismus vor – ohne zu erkennen, dass Carsten Linnemann im Kern für die linken Positionen einstand. Es nennt eklatante Schwächen im Bildungssystem, die ihm durch eine ungelenke Wortwahl als diskriminierend angekreidet wurden. Diese genannten Schwächen im Bildungssystem betreffen nicht nur, aber vor allem die Kinder von Migranten.

Sprachschulung wird in den Kindertagesstätten zwar sehr oft angeboten und auch oft durch externe Quellen finanziert – dann aber ebenso oft nicht nach Bedarf für das Kind, sondern nach Budget, Verwaltung und Möglichkeiten durchgeführt. Da zudem die entsprechenden Lehrkräfte fehlen, müssen immer wieder Erzieher*innen diese Aufgabe übernehmen. Meistens ohne fundierte Aus- oder Weiterbildung, was einen direkten Einfluss auf die Qualität hat. Da zudem Mangel an Erzieher*innen herrscht wurde in einigen Einrichtungen beobachtet, dass der Sprachunterricht zwar ansatzweise durchgeführt wurde, aber mit demselben Personal und derselben Anzahl Personen, wie für den normalen Betrieb – was bei allen Aufgaben mit Qualitätseinbußen einher geht. In den Verwaltungen ist das Verständnis für solche Maßnahmen bedingt vorhanden: die Organisation wird komplizierter, es belastet die ohnehin dünne Personaldecke und muss neben anderen Themen auch noch gemacht werden. Unter dem Strich werden die externen Gelder eingestrichen, die Leistungen verbucht, aber oft nur bedingt erbracht sowie die Belastung der Personen in den Einrichtungen erhöht. Aktives Führungsveragen auf ganzer Linie zum Nachteil nicht nur der Kinder mit Migrationshintergrund, sondern aller betreuten Kinder.

Jedes Jahr kommen viele Kinder in die Grundschule, die dort mangels Sprachkenntnissen schnell unter gehen. Junge Menschen mit Potenzial werden so zu Problemfällen der Schule, was Carsten Linnemann klar genannt hatte. Und die Erfahrung zeigt, dass im normierten Ablauf der staatlichen Schulen Problemfälle nur selten mit der notwendigen Aufmerksamkeit wieder zu Potenzialen gewandelt werden. Dies zeigt sich unter anderem an einer steigende Zahl Schulabbrecher in Baden-Württemberg. Doch genau diese jungen Menschen mit ihren Potenzialen werden gebraucht, sie werden die Zukunft gestalten.

Bildungssteinzeit

Die meisten Schulen "produzieren" nach wie vor Pflichterfüller, die gespeichertes Wissen abrufen und anwenden können. Das lässt sich einfach einteilen, lehren und benoten. Wer nicht ins Schema passt (z.B. bei Sprach- oder Partikularschwächen) kommt schnell an den Rand des Schulsystems und wird "aussortiert". Das geschieht jedes Jahr über das Klassen- und Notensystem, bis in die obersten Stufen. Anders gesagt: Wer die Erwartungen kennt und diesen möglichst entspricht, hat gute Chancen. Und jene die z.B. bestehendes Wissen clever zitieren, dieses textlich gut verpacken und in der Präsentation oder Schrift eloquent vermitteln, erhalten besonders gute Noten. Das kriert Mitarbeitende, die genau das machen, was man von ihnen vorgibt und verlangt. Sie verfügen aber bedingt die Fähigkeiten darüber hinaus zu denken. Eigene Entwicklungen, gar Eigensinn, kritische Auseinandersetzung und die Suche nach Antworten, Querdenken und Kreativität sind nicht erwünscht, sie sind verpönt und führen zu schlechten Noten.

Diese in der Zeit des schnellen und tiefgreifenden Wandels notwendigen Eigenschaften werden in den Schulen kaum gefragt und kaum gefördert, Ausnahme bilden einige Privatschulen. Die Schulen leben tatsächlich nach einem Bildungskonzept des letzten Jahrhunderts, das überhaupt nicht mehr in unsere dynamische Zeit passen will. Dabei ist die durchgehend mangelhafte Digitalisierung der Schulen mit fehlender Hard-/Software und Online-Werkzeugen nur die Spitze des Eisbergs. Es mangelt auf allen Ebenen am Verständnis für die vielen neuen Themen, die mit immer größerer Geschwindigkeit und Intensität auf den

Bildungsbeton aufprallen: Der gesamte Bildungskörper hat sich nicht auf die neuen Herausforderungen eingestellt, kaum Wissen und Werkzeuge aufgebaut, hat strukturelle, inhaltliche und pädagogische Entwicklungen kaum angedacht und dazu oft nicht verstanden, dass diese Themen mit immer höherer Geschwindigkeit erscheinen und entsprechend schnell integriert werden sollten. Das bedeutet auch, dass langwierige, fix strukturierte und mit definierten Inhalten durchgeführte Ausbindungsgänge und Fächer fehl am Platz sind: das dynamische Umfeld bedingt, dass Inhalte, Strukturen und Art der Bildung sich genauso dynamisch zu verhalten haben. Die Digitalisierung verändert sich und das gesamte Umfeld in einer Geschwindigkeit, dass eine Lehre mit gegebenen, statischen Konzepten und Inhalten nicht mehr funktionieren kann. Eine Vorstellung aus der Hölle für jeden Bildungsverantwortlichen.

Ganz besonders tragisch: die Digitalisierung vernetzt Themen und das kann die staatliche Schule heute kaum – vor allem aber kann sie diese Vernetzung und überordnete Denkweise (noch) nicht schulen. Das Bildungssystem lebt besonders in den höheren Klassen davon, dass es klar definierte, abgegrenzte Fächer gibt, in denen entsprechend qualifizierte Fachdozenten ihr Wissen vermitteln und die Schüler*innen benoten. Diese Fächer stehen teils in Konkurrenz zueinander, es gibt "relevante" und daneben "vernachlässigbare" Fächer, inklusive des Kampfes um die Gelder für jedes einzelne Fach bzw. Fakultät.

Dieser Wandel, der durch die Digitalisierung befeuert wird, ist – wie die CNT-Allianz es nennt – ein sozio-technologischer Wandel. Er ist multidisziplinär, verlangt das Vernetzen auch konträrer Themen und fordert das Zusammengehen von Bereichen und Kompetenzen, um zu Ergebnis und Erfolg zu kommen. Eine "fächerübergreifende Lehre" wird zwar da und dort diskutiert, existiert aber nur in wenigen (privaten) Schulen. Der sozio-technologische Wandel verlangt jedoch, dass themenübergreifend gedacht und gehandelt wird – eine vernetzte Denk- und Vorgehensweise, die unbedingt in den Schulen gelehrt werden muss. Einige Personen des Bildungsapparats haben uns gegenüber ähnliche Gedanken geäußert, sehen aber keine Wege zum Wandel.

Symptomatisch für die Realitätsferne des Bildungsapparates ist, dass die Kultusministerin Susanne Eisenmann die anfangs August 2019 durch die Stadt Mannheim gegen die Schüler der Friday for Future Streiks ausgesprochenen empfindlichen Geldbußen vehement befürwortet hatte. Ihre Haltung richtete sich notabene mehrheitlich gegen solche Schüler*innen, die sich durch Eigenschaften auszeichnen, welche die Zukunft so dringend benötigt: eine ganzheitliche, sachliche Betrachtung mit dem Willen zur Veränderung. Doch nur wenige hatten mit der geharnischten Reaktion der Schüler*innen, deren Unterstützer, Organisationen, der Social Media, Medien aber auch der Politik gerechnet. Die Stadt Mannheim hatte die Bußgeldbescheide darauf schnell wieder zurückgezogen und konstatierte, dass "Bußgelder nur das letzte Mittel sein sollten".

Dabei hatte Susanne Eisenmann persönlich im Herbst 2018 noch erklärt, dass Baden-Württemberg in Bildungsstudien schlechter als zuvor abgeschnitten habe:

"Da haben wir schlicht und einfach in den letzten zwei Jahrzehnten ein bisschen was verpennt."

Die von ihr versprochene Bildungsoffensive will vor allem die Verwaltung verbessern, was vielen fragwürdig erscheint. Ganz besonders angesichts der gewaltigen Herausforderungen deutlich dynamischer mit schulischen Inhalten und Konzepten auf aktuelle Anforderungen zu reagieren, Visionen zu entwickeln und mittels Strategien umzusetzen. Zum Wohle der Schüler*innen und Student*innen und definitiv nicht zum Wohle der Verwaltung. Die aktuelle Vorgehensweise hat wenig mit Bildung zu tun und zeigt auch, dass Politiker*innen selbst kaum eine Vision haben. Da hilft das angedachte Zentralabitur für ganz Deutschland, welches die veralteten Strukturen mit Klassen und Noten nochmals stärker verankert, nicht wirklich: Es vereinfacht allein den Schritt von verwalteten Schüler*innen hin zu verwalteten Student*innen und dann zu verwalteten Angestellten. Deutschlands Bildungspolitik braucht aber Visionen und keine bessere Verwaltung.

Im Juli 2019 forderte Susanne Eisenmann 1'080 neue Lehrer*innen für Baden-Württemberg. Diese Zahl erscheint insofern realistisch, sprach sie noch zu Jahresbeginn von 10'000 Lehrer*innen, die bis 2030 benötigt würden. Die CNT-Allianz geht von einer etwa 50% höheren Zahl aus. Und diese Lehrpersonen fallen nicht aus den Bäumen: In Berlin sind über die Hälfte der gut 2'700 im Sommer 2019 neu eingestellten

Lehrpersonen selbst noch lernend. Denn diese Lehrer*innen sind Quereinsteiger, kommen aus Berufen und gehen jetzt den Lehrerberuf an. Diese Lehrpersonen können sehr gut sein, aber es offenbart auch, dass Deutschland es bundesweit verpasst hat, genügend Lehrer*innen auszubilden und diesen attraktive Anstellungsbedingungen zu bieten. Denn etliche Pädagogen treten den Beruf nach der Ausbildung gar nicht erst an, verlassen ihn nach kurzer Zeit oder gehen unter anderem ins Ausland, wo die Bedingungen besser sind. Ein Phänomen, das auch andere Berufsgruppen in Deutschland betrifft.

Ein zusätzliches Problem, mit dem die Politik seit Jahren herumeiert: Nicht fest angestellten Lehrer*innen wird in Baden-Württemberg jeweils vor dem Sommer gekündigt, um sie dann meist nach den Sommerferien wieder in derselben Position oder in einer ähnlichen Position in einer Schule ein paar Kilometer entfernt anzustellen. Dadurch spart der Staat vordergründig zwar Millionen Euro, allerdings werden die Lehrer*innen über das Jobcenter wieder finanziert. Das verursacht einen hohen Verwaltungsaufwand und Zusatzkosten, die noch nie komplett erfasst wurden – es ist unseren Informationen zufolge wahrscheinlich, dass mit diesem Taschenspielertrick tatsächlich nichts gespart, sondern nur ein anderer Geldbeutel geleert wird. Je nach Betrachtungsweise geht es allein in Baden-Württemberg um 650 bis 1'680 Lehrer*innen (in ganz Deutschland ca. 4'900). Besonders tragisch: Dieses gegenüber den Betroffenen geringschätzige, nachteilige und nur den Sparzielen dienende Vorgehen geht am Ende zulasten der Schüler*innen.

Akademisierung und Wertschätzung

Geringschätzung bzw. fehlende Wertschätzung betrifft nicht nur die Lehrer*innen und andere Berufsgruppen, sondern auch die Absolvent*innen vieler Schulen. Es gibt eine vermeintliche Lösung: Studium und ein Titel, denn beides bedeutet etwas in der deutschen Gesellschaft. Doch mittlerweile wurden zahlreiche Politiker, aber auch Manager, in Deutschland des Tragens falscher Titel und nicht abgeschlossener Studiengänge überführt. Denn es ist verlockend, mit einem entsprechenden Titel öffnen sich Türen, fließt deutlich mehr Geld und das Ansehen steigt. Titelhatz und Titelhunger gehen munter weiter und führen zu einer Veränderung der Werte. Entsprechend geringgeschätzt werden Menschen ohne Titel, auch wenn deren Arbeit dringend benötigt wird – wie diejenige von Pflegekräften, Handwerkern und vielen mehr.

Diese gesellschaftsspaltenden Denkmuster und Verhalten haben noch mehr Schattenseiten. Die CNT-Allianz war geladen, um an einer Hochschule in Baden-Württemberg die Projektarbeiten eines Master-Studienganges während der Präsentation als Zweitmeinung zu beurteilen. Diese Projektarbeiten waren relevant für den Masterabschluss, sie brachten den Studierenden Credit Points. Zusammengefasst lag die Qualität der meisten Projektarbeiten jedoch auf einem enttäuschend niedrigen Niveau. So fehlten in einigen Projektarbeiten grundlegende Aspekte, weshalb die Projektarbeiten eigentlich nicht vollständig waren. Andere Projektarbeiten waren schlecht aufbereitet und präsentiert, sodass wesentliche Aspekte erst auf Nachfrage verstanden werden konnten. Dann waren einige Projektarbeiten so einfach, dass sie für eine Abiturprüfung ausgereicht hätten – aber nicht als Arbeit für einen Masterabschluss.

Ein dazu gehörendes Problem sind die Ansprüche an die Schüler*innen, die gemäß unseren Informationen an vielen, vor allem höheren Schulen schrittweise und themenspezifisch nach unten korrigiert werden – unter anderem, weil Studierende die persönliche Interpretation der Bewertung ihrer Leistung auf dem Rechtsweg durchsetzen. Die Schulen weichen diesen Konfrontationen aus, denn sie belasten eine Schule deutlich. Hier schlagen die starren Klassenstrukturen und Notensysteme mit aller Härte auf die Bildungsinstitute zurück und werden ad absurdum geführt. Der Lehrkörper leidet darunter besonders und wir haben mit Lehrpersonen gesprochen, die über den Rückzug aus der Lehrtätigkeit nachdenken. Was für in der Wirtschaft tätige Dozent*innen machbar ist, aber für fest im System integrierte Lehrpersonen stellt dies kaum eine Option dar. Keine gute Voraussetzung für die Bildung.

Fatal ist jedoch, dass ein solches System schlecht (aus-) gebildete, nur in einem engen Bereich mit gelerntem Wissen ausgestattete und von sich selbst überzeugte Absolvent*innen mit gut klingenden Titeln in die Welt entlässt. Diese toxische Kombination ist ein steigendes Problem für Unternehmen, die uns gegenüber geäußert haben, dass sie Absolventen immer wieder erst einmal dazu bringen müssen, sich weiter zu bilden und auf das Niveau zu kommen, das eigentlich vorab erwartet worden war – und für das sie zuerst im

Verhältnis zur Leistung deutlich zu hoch bezahlt werden. Noch schlimmer hat es jene Firmen getroffen, bei denen solche Blender über eine längere Periode unerkant blieben, weil sie sich aufgrund erlernter Eloquenz und aufgebauter Machtposition durchmogeln konnten – bis das Kartenhaus in sich zusammenbrach. Mit massiver Kostenfolge für die Unternehmen.

Des Weiteren zeichnen sich solche Absolventen viel zu oft durch eine bemerkenswerte All-Inclusive-Mentalität aus. Sie erwarten viel von den Arbeitgebern, allem voran eine hohe Arbeitsstellen-Sicherheit, fixe Arbeitszeiten mit freien Wochenenden und hohen Entschädigungen. Diese sicherheitsbedachten Pflichterfüller sind denn auch kaum daran interessiert, eigene Unternehmen zu gründen und sich in den rauen Wind, der StartUps entgegenweht, zu stellen. Das Wirtschaftsministerium hat dies erkannt und auch die Förderbank KfW beklagt diese Situation, denn Neugründungen sind die Treiber von Innovationen und des digitalen Wandels: Deutschland braucht Gründerinnen und Gründer.

Das Wirtschaftsministerium und die KfW sehen die gute Wirtschaftslage als wesentlichen Grund für die mangelnde Bereitschaft zu gründen. Die CNT-Allianz hinterfragt diese Sichtweise, denn die Wirtschaft in Deutschland hat sich während der letzten beiden Jahre deutlich abgekühlt – dies kann also kaum als einziger Grund herhalten. Wir identifizieren – neben dem gründerfeindlichen Umfeld mit hohem Verwaltungsaufwand, ausufernden Regelwerken und halbfertigen Gesetzen – viel mehr das Bildungssystem als Hemmnis gründungsinteressierte junge Menschen zu entwickeln und zu fördern. Ein Bildungssystem, das sich über Jahrzehnte als „Zulieferer“ von Pflichterfüllern für Verwaltung und Großkonzerne verstanden hat, ist aktuell nicht darauf ausgerichtet, nahezu das Gegenteil zu machen.

Bildung als vertane Chance für die Zukunft

Bildung in Deutschland wird im Wort der Politik je nach "politischer Großwetterlage" hochgeschätzt und unterstützt, aber dann wieder kaum beachtet. Zentral in der Bildungsthematik ist die Integration der vielen Flüchtlinge – oder besser deren Nicht-Integration. Das große Potenzial mehrheitlich arbeitswilliger Personen ist für Deutschland sehr wichtig, denn aufgrund der demographischen Entwicklung braucht das Land diese Arbeitskräfte. Doch es scheitert viel zu oft beim Deutschunterricht, wo die Flüchtlinge in Bezug zu den Erfahrungswerten nur langsam vorankommen und nur mit Mühe ein sinnvolles Niveau erreichen. Ob der Unterricht passend gestaltet ist und die notwendige Begleitung sichergestellt wird, diese Fragen kommen nur unter den Betroffenen auf, werden aber von den Instituten nicht beantwortet, weil noch nie umfassend betrachtet und erhoben. Doch gerade hier offenbart sich, dass die verwendeten Standard-Kurse und Lehrmethoden den Bedürfnissen sowie der Zukunft der Flüchtlinge und von Deutschland keinesfalls dienen.

Dann fehlt es bei den Geflohenen oft am Verständnis für das deutsche Bildungs- und Ausbildungs-System, das im Vergleich zur Heimat viel mehr fordert, hart strukturiert ist und ganz anders funktioniert. Es ist verständlicherweise schwierig für Personen, die zuvor in ihrem Herkunftsland beispielsweise in Recht, Verwaltung, Staat und Kommunen, Bildung, aber auch in technischen Aufgaben und ähnlichem tätig waren, die in Deutschland ganz von vorne anfangen müssen. Weil Grundlagen, Berufsbilder, spezifisches Fachwissen, Voraussetzungen und Abläufe hier anders sind, spezifische Ausbildungen, Abschlüsse und Zertifikate fehlen – oder aber ihre Fähigkeiten in Deutschland in der Form nicht gebraucht werden. Diesen Menschen stehen wir nur hilflos gegenüber, denn dafür gibt es kaum adäquaten Bildungs- und Unterstützungsangebote und auch keine Ambitionen, dies zu ändern. Ein verschenktes Potenzial, das dann durch die Jobcenter "gefüttert" wird und unnötige Kosten verursacht – statt in der Wirtschaft zu wirken. Die Frustration dieser Menschen ist nach langwierigen, ergebnislosen Verwaltungsbesuchen greif- und sichtbar. Obwohl die Idee bei vielen aufkeimt, ist die Rückkehr in die Heimat in den meisten Fällen nicht möglich. Sie sind gefangen zwischen den Systemen.

Deutschland verschenkt aber das wesentlich größere Potenzial bei den regulär durch das Bildungssystem gehenden bzw. fallenden Menschen. Das Bildungssystem ist einerseits nicht zukunftscompatibel und andererseits auch nur bedingt menschencompatibel. Immer mehr Exponenten in Bildung und Wirtschaft sprechen sich daher dafür aus, das aus der Urzeit der Schulbildung stammende Klassen- und Notensystem abzuschaffen und ein zukunftsgerichtetes Konzept einzuführen. Würden Inhalte beispielsweise über Kurse

vermittelt, dann könnten Schüler verschiedenen Alters, unterschiedlicher Herkunft, mit und ohne Einschränkungen nicht nur auf dieselbe Schule gehen. Sondern sie lernten je nach Leistung auch in den gleichen Kursen, wodurch sich unter anderem die Sozialkompetenz erhöhen würde. Auch würden das vernetzte Denken und Arbeiten gefördert und es entstünde eine echte Chancengleichheit. Ein gerade für die Digitalisierung interessanter Denkansatz: Ein solches Bildungssystem würde junge Menschen mit jenen Kompetenzen, Fähigkeiten und Wissen ausstatten bzw. fördern, welche zur Gestaltung der Zukunft dringend benötigt werden. Und diese Konzepte und Inhalte könnten auch in Weiterbildungen funktionieren, und im Besonderen auch das Konzept der Entwicklung und Innovation aus der Vielseitigkeit der Teilnehmer*innen.

Ein Unternehmen lanciert im Rahmen der Digitalisierung oft mehrere Testprodukte – Hardware, Software und/oder Services –, um den Markt zu prüfen, Kundenreaktionen zu erfassen, sowie sich und die angebotenen Leistungen weiter zu entwickeln. Diese Tests gab und gibt es auch in der Bildung, wo Bildungskonzepte mit großem Erfolg über Jahre und Jahrzehnte in verschiedenen Ländern, wie auch Deutschland, ausprobiert wurden und werden. Anders als in der Wirtschaft hat dies noch zu keiner Weiterentwicklung des Bildungssystems in Deutschland geführt. Doch die Wirtschaft benötigt dringend eine Bildungsoffensive, um im schnellen Wandel und internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Und Deutschland benötigt diese Bildungsoffensive, um die auseinanderdriftende Gesellschaft durch die integrative Kraft des frischen Bildungssystems wieder zueinander zu bringen.

Das deutsche Bildungssystem ist ein Sanierungsfall, der dem Land aus Sicht vieler Bildungsspezialisten, Politikern und Exponenten aus der Wirtschaft mittlerweile Schaden zufügt. Das aber wird von den verantwortlichen Politikern kaum beachtet. Gesellschaft und Wirtschaft hingegen bekommen dies jeden Tag immer mehr zu spüren. Auch, da aufgrund der prokrastinierten Digitalisierung und oftmals fehlenden Ausrichtung auf die Zukunft und Zukunftsthemen mehrere hunderttausend Arbeitsstellen auf dem Spiel stehen – was die Gesellschaft noch schneller aus den Fugen geraten lassen wird, als es schon heute der Fall ist. Mit der Bildung ist es jedoch wie mit dem Klimawandel: zwar gibt es Indizien und viele Fakten, aber im Moment wirkt es noch so, als sei das meiste in bester Ordnung.

Ist es aber nicht.